



An den
Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld
Herrn Pit Clausen

Antrag zu TOP 4 der Ratssitzung am 28. September 2017

Sehr geehrter Herr Clausen,

zur o.g. Sitzung stellen wir folgenden Antrag:

„Bündnis für bezahlbares Wohnen in Bielefeld“

Der Rat möge beschließen:

1. Alle bisherigen Anstrengungen der Stadt und ihrer Partner für die Ausweisung von Flächen und die Förderung des Wohnungsbaus sollen weiter gebündelt und so verstärkt werden. Zu diesem Zweck soll aus dem bereits bestehenden Prozess „Masterplan Wohnen“ heraus ein „**Bündnis für bezahlbares Wohnen in Bielefeld**“ entwickelt werden. Die federführende Stadt Bielefeld soll als Mitglied dieses Bündnisses alle Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungsbaugenossenschaften, Projektentwickler, den Mieterbund sowie weitere Verbände aus dem Bereich der Bielefelder Immobilienwirtschaft einladen. Vorrangiges Ziel eines solchen Bündnisses ist es, Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu schaffen und unterschiedliche Zielgruppen mit Wohnraum zu versorgen. Auch der Wunsch vieler Haushalte nach Bildung von Wohneigentum soll angemessen berücksichtigt werden.
2. Es ist beabsichtigt, über die BBVG künftig eine **aktive Bodenpolitik** zu betreiben. Von dort sollen der Erwerb und die planungsrechtliche Entwicklung sowie die Erschließung von solchen Flächen initiiert und betrieben werden, die hauptsächlich für zusätzlichen bezahlbaren Wohnungsbau und gewerbliche Nutzung in Betracht kommen. Die Projekte sollen mit der Maßgabe insgesamt auskömmlich entwickelt werden, dass die für sozialen Wohnungsbau anteilig aktivierten Flächen zu vergünstigten Konditionen veräußert werden sollen. Die Verwaltung wird beauftragt gemeinsam

mit der Geschäftsführung der BBVG, dafür einen Konzeptrahmen zu entwickeln und in der nächsten Sitzung des HWBA sowie der Gesellschafterversammlung der BBVG vorzustellen. Dabei soll auch die Möglichkeit erwogen werden, das Angebot „Kooperative Baulandentwicklung“ der „NRW.Urban Kommunale Entwicklung GmbH“ zu nutzen.

3. Der Rat stellt fest, dass die von **Bund und Land** zu verantwortenden Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte Wohnungs- und Bodenpolitik weiterentwickelt werden sollten. Erforderlich ist eine abgestimmte langfristige und ressortübergreifende Wohnungs- und Baulandpolitik des Bundes und des Landes. Der Rat hält folgende vom Präsidium des Deutschen Städtetages am 12.09.17 geforderten Maßnahmen für zielführend:
 - a. eine Investitionszulage und eine steuerliche Sonderabschreibung für den Bau preisgünstiger Mietwohnungen,
 - b. Eigentumsförderung differenziert nach Zielgruppen, Fördergegenständen und Standorten,
 - c. erweiterte gesetzliche Vorkaufsrechte für Kommunen,
 - d. ein Wohnbauland- und Erschließungsfonds des Bundes,
 - e. die Förderung kooperativer Baulandmodelle.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Georg Fortmeier
SPD-Fraktion

Jens Julkowski-Keppler
Bündnis 90/Die Grünen

Michael Gugat
Ratsgruppe BN/Piraten

Bielefeld, 21.09.2017